

Uneinsichtigkeit verschärft die Weltdepression!

KOMMT AM 17. NOVEMBER DER GANZ GROSSE KRACH?

Von Helga Zepp-LaRouche,
Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität

Bitte vervielfältigen
und weitergeben!

So, wie die Dinge jetzt stehen, muß man befürchten, daß der von Präsident Sarkozy für den 15. November in Washington organisierte Neue-Bretton-Woods-Gipfel zu keinem adäquaten Ergebnis führen wird. Es könnte daraufhin, wie laut der französischen Zeitung *La Tribune* von einem hochrangigen Banker vermutet wird, am 17. November zu einem „schwarzen, schwarzen Montag“ kommen. Es könnte aber auch zu einem „schwarzen Montag“, einem „blutigen Dienstag“, einem „schrecklichen Mittwoch“ und bald danach einem völligen Zusammenbruch des Weltfinanzsystems kommen. Die einzige Chance, dies zu verhindern, wäre die rechtzeitige Einigung auf die Reorganisationsvorschläge von Lyndon LaRouche, die er in seinem jüngsten Papier „*Ein neues finsternes Zeitalter zieht herauf - Der heutige britische Imperialismus*“ ausgeführt hat.

Der Grund für diese düstere Prognose liegt in einer Reihe von Faktoren. Alles deutet darauf hin, daß die mit ehemaligen Mitarbeitern von Goldman Sachs gespickte Bush-Administration ebensowenig wie Gordon Brown die Absicht hat, einer wirklichen Reorganisation des bankrotten Weltfinanzsystems zuzustimmen. Bush war dagegen, daß der inzwischen neugewählte US-Präsident auch nur am Gipfel teilnimmt, und da nichts gegen die Einschätzung von *Les Echos* spricht, daß die Wall Street auf Obama gesetzt hat, obwohl auch McCain dorthin beste Verbindungen hat, macht dies auch keinen Unterschied. Aber auch diejenigen, die den IWF mit einer „Global Regulation Strategy“ ausrüsten - also ein bankrott System nur mit ein paar Regeln versehen - wollen, verkennen die Lage total.

Denn die Vorstellung, daß es nach dem völligen Scheitern des neoliberalen Dogma noch einmal zu der Unterwerfung der Staaten Asiens und Lateinamerikas unter eine globalisierte Diktatur des IWF kommen könnte, ist abwegig. Einerseits finden in der Zeit bis zum 15. November zahlreiche Gipfel verschiedener Staatengruppen statt, vom Mercosur über die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit bis zur G-20 etc., auf denen die beteiligten Staaten versuchen, ihre nationalen Interessen innerhalb der neuen Finanzarchitektur zu formulieren. Und andererseits sind weder die Erfahrungen der Asiaten mit dem

IWF während der Asienkrise von 1997/98 dazu angetan, dieser Institution, auch wenn sie „reformiert“ wäre, Vertrauen zu schenken, noch tut dies derzeit die türkische Regierung, deren Premierminister Erdogan soeben erklärte, er werde nicht erlauben, daß der IWF die türkische Ökonomie „erdrosselt“.

ABSTURZ DER REALWIRTSCHAFT

Während die Zentralbanken immer weiter die Geldschleusen aufdrehen, stürzt die Realwirtschaft mit atemberaubender Geschwindigkeit in die globale Depression. Sei es durch immer neue dreistellige Milliarden-„Rettungspakete“ der Zentralbanken, sei es durch panische Zinssenkungen: der Systemkollaps soll durch eine „Mauer von Geld“ hinausgezögert werden. Bernanke hat in vierzehn Monaten elfmal die Zinsen gesenkt, neunmal davon in acht Monaten von 5,25% auf 2%, und die jüngsten zwei davon innerhalb von drei Wochen auf nunmehr 1%. In Japan liegen die Zinsen inzwischen bei 0,3%, was angesichts der Inflationsrate schon als negative Zinsraten zu bezeichnen ist.

Während diverse Tatsachenverdrehen in der Politik und den Medien noch debattieren, ob die Wirtschaft allmählich in eine „Rezession“ abgleite, oder das „Schlimmste schon überwunden“ sei (Robert Mundell), sprechen die Fakten eine andere Sprache: **die Realwirtschaft befindet sich im freien Fall.** Die Frachtraten für Trockenfracht - also Getreide, Eisenerz, Kohle - sind in den letzten drei Monaten um 90% (!) zurückgegangen. China hat in den letzten Wochen keine einzige Tonne Eisenerz importiert. Der sogenannte Baltic Dry Index, der die Frachtkosten der Seeschifffahrt mißt, ist in diesem Jahr um 92% (!) gefallen. Der Handel mit Rohstoffen ist also dramatisch zurückgegangen. Die China International Capital Corporation Limited berichtet, daß die Aufträge für den Neubau von Schiffen global um 66% reduziert worden sind.

Nachdem der Autosektor weltweit eingebrochen ist - Daimler z.B. wird die Produktion für fünf Wochen einstellen - wird jetzt das Ausmaß des Kollapses der Stahlproduktion deutlich. Der weltgrößte Stahlproduzent, Arcelor Mittal, wird voraussichtlich von Mitte November bis Ende Januar 13 seiner Hochöfen

Bundesgeschäftsstelle: 06131 - 237 384 Berlin: 030 - 802 3405
Baden-Württemberg: 0711 - 677 3726 NRW: 0201 - 361 9753
Niedersachsen: 0176 - 632 91 447 Bayern: 089 - 725 4011
Hamburg: 040 - 182 00 658 Sachsen: 0351 - 427 8140

www.bueso.de

BüSo
Bürgerrechtsbewegung
Solidarität

in Europa schließen. Mehr als 60% der chinesischen Stahlindustrie arbeitet mit Verlusten, viele kleinere Firmen schließen, die Preise für Stahl sind in China seit Juni um 30-40% gefallen. Im Süden Chinas sind bereits über 50.000 mittlere und kleinere Betriebe bankrott gegangen. Der Rückgang in der industriellen Produktion hat Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die Kaufkraft der Bevölkerung: so fielen die Preise für Sojabohnen um 50% und für Getreide um 20-30% in drei Monaten.

Der Kollaps an Frachtvolumen ist im Zeitalter der (untergehenden) Globalisierung und des Freihandels ein offensichtlicher Indikator für den Zustand der Realwirtschaft. Neben den erwähnten Zahlen für die Schifffahrt sind die Verkaufszahlen für Lastwagen indikativ. Der Nettoverkauf von Volvo-Lastwagen ging im dritten Quartal fast um 100%, von 41.970 auf 115 zurück. Neubestellungen für Laster gingen weltweit im dritten Quartal um 55 % zurück.

Der Finanzkrach hat sich längst auf die Realwirtschaft ausgewirkt, und wenn jetzt die Bank von England in ihrem „Financial Stability Review“ davon spricht, die Instabilität sei so groß wie „seit Menschengedenken nicht“, und Jacques Attali feststellt, daß wir noch nicht einmal am Ende des Anfangs vom Krach seien, dann wird deutlich, wie gefährlich die Sturheit der Politiker und Banker noch werden kann, die - wie beim jüngsten „Finanzgipfel“ in Frankfurt - weit davon entfernt sind, ihre eigene Inkompetenz als Anlaß zu ihrem Rücktritt zu nehmen, und über Appelle und Lobpreisungen der Marktwirtschaft nicht hinauskommen.

Das Tempo des Zusammenbruchs wird zunehmen, und täglich tun sich neue Abgründe auf, sei es die Lage vieler Hedgefonds, die ihre Werte verhökern müssen, weil erschreckte Anleger ihre Gelder abziehen wollen, sei es, daß die Krise die sogenannten Schwellenländer erfaßt. So erhielt Ungarn soeben von Weltbank, IWF und EU ein Paket von 25 Mrd. \$, nachdem der Forint in den freien Fall gegangen war, ein Betrag, der mehr für die Rettung der in Ungarn engagierten westlichen Banken und Hedgefonds bestimmt ist als für die Bevölkerung, der man harte Sparmaßnahmen zumutet. In diesem Kontext könnten die Schweiz und Großbritannien leicht zu neuen „Islands“ werden. So sind z.B. die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Schweizer Banken 13mal so hoch wie das BIP, im Falle von Island waren sie nur fünfmal so hoch.

Aus all den hier angedeuteten Entwicklungen müßte jedem normalen Menschen klar sein: Wenn nicht sofort ein neues Weltfinanzsystem auf die Tagesordnung gesetzt wird, drohen der Menschheit Gefahren, die die durchschnittlichen Yuppies und Profiteure des jetzigen Systems bisher nicht einmal annä-

hernd antizipiert haben. Nur ein ordentliches Konkursverfahren, bei dem die wahrscheinlich mehrstelligen Billiardenzahlen an Derivaten aus dem System gestrichen werden, kann das Problem lösen. Immerhin gibt die französische Zeitschrift *Marianne* schon die Existenz von 1.406.900 Mrd. \$ an Finanzderivaten zu. Die einzige Lösung besteht darin, die Derivatmärkte für ein und allemal zu schließen und alle Derivattransaktionen für null und nichtig zu erklären. Daß die Spekulanten diese Lösung hassen wie der Teufel das Weihwasser, ist offensichtlich, aber das sollte die Regierungen nicht davon abhalten, genau diese Bankrottreorganisation am 15. November auf die Tagesordnung zu setzen.

Wenn man die Billionenbeträge, die Banken in den Rachen geworfen werden, die sich verzockt haben, mit den armseligen Summen vergleicht, die für die Entwicklungsländer aufgebracht werden, dann sieht man, daß die Vertreter dieses Systems nicht nur finanziell, sondern auch moralisch bankrott sind. So wurden von dringend benötigten 12 Mrd. \$, die auf der FAO-Konferenz Anfang Juni in Rom gefordert wurden, bisher nur eine lächerliche Milliarde aufgebracht, während gleichzeitig die Entwicklungshilfe generell massiv zurückgegangen ist - und selbst davon verschwindet ein Großteil in Verwaltungskosten, Klimaschutz, humanitärer Hilfe und Militäreinsätzen. Es ist eine Farce.

JETZT EIN NEUES BRETTON-WOODS-SYSTEM!

Die Teilnehmer des G-20-Gipfels am 15. November in Washington werden sich vor der Geschichte zu verantworten haben, wenn sie diese Chance, ein wirkliches Neues Bretton-Woods-System im Geiste von Roosevelt auf die Tagesordnung zu setzen, vertun. Die Folge wäre nicht nur ein baldiger Zusammenbruch der Weltwirtschaft, mit Milliarden von Hungertoten, sondern auch unabsehbares soziales Chaos in den G-7-Staaten, das auch mit den von einigen beabsichtigten Mussolini-Lösungen nicht in den Griff zu bekommen wäre.

Während es in Italien und Frankreich eine offene und in die Breite gehende Diskussion über ein neues Bretton-Woods-System gibt, sind sich Medien und Politiker in Deutschland bisher einig, diese Debatte zu verhindern. Dazu gehört auch die diktatorische Unterdrückung und Verleumdung der Programmatik der BüSo in diesem Land. Wenn es dabei bleiben sollte, werden die Schuldigen keine Freude an den Früchten ihres Tuns haben.

Es gibt nur eine einzige vernünftige Lösung: die Ideen von Lyndon LaRouche müssen sofort in die öffentliche Diskussion gebracht werden!

Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten unserer Jugendbewegung!

Senden Sie diesen Coupon an die Bürgerrechtsbewegung Solidarität - Postfach 22 11 28 - 55050 Mainz

- Ja, ich will Mitglied der BüSo werden. Bitte schicken Sie mir Unterlagen.
- Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen:
Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Landesbank Rheinland-Pfalz, BLZ: 550 500 00, Kto.Nr.: 1100 577 91
- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung **Neue Solidarität** vier Wochen lang kostenlos zum Kennenlernen.

Name, Vorname: _____ PLZ, Ort: _____

Straße, Hausnummer: _____ Telefon: _____

Datum, Unterschrift: _____ Email: _____